Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 20 (1970)

Heft: 3

Buchbesprechung: Das Kabinett Cuno, 22. November 1922 bis 12. August 1923 [bearb. v. Karl-Heinz Harbeck]

Autor: Schneider, Boris

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Information dar. Das häufige Aufzählen von Namen mag etwas mühsam wirken, doch gerade für die Geschichte der afrikanischen Sklaven und deren Nachkommen dies- und jenseits des Atlantiks, wo es oft fast unmöglich ist Details zu ermitteln, sind diese Angaben höchst willkommen. Das Werk bietet viele Ansatzstellen für weitere historische Untersuchungen, und es ist zu hoffen, daß Historiker nicht nur in die Geschichte und Probleme des Panafrikanismus eingeführt, sondern auch zu eigenen Studien angeregt werden.

Freetown *M. van der Laan*

Das Kabinett Cuno, 22. November 1922 bis 12. August 1923. Bearb. von KARL-HEINZ HARBECK. Boppard am Rhein, Boldt, 1968. LVI/799 S., 1 Portr. (Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.)

Der vorliegende Band ist der erste einer größeren Quellenedition zur Geschichte der Weimarer Republik. Er tritt neben die schon begonnene Reihe B der Akten des Auswärtigen Amtes, publiziert im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. Karl Bruchmann, ehemals Direktor des Bundesarchivs in Koblenz, und Karl Dietrich Erdmann von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften trafen sich in der Idee, die Protokolle des Rates der Volksbeauftragten 1918/19 und der Sitzungen der Reichsregierung 1919–1933 durch eine Auswahledition zu erschließen. Dabei trennte man die Akten der Regierung des Rates der Volksbeauftragten ab, da die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien eine eigenständige Quellen-Reihe edieren wird.

Die Zusammensetzung des Aktenfundus, rund 2780 Faszikel ohne Personalakten, ergab sich aus der Aufgabe der Reichskanzlei, sowohl die Geschäfte des Reichskanzlers wie auch die der Gesamtregierung zu besorgen. Neben die Protokolle der Kabinettssitzungen und der zahlreichen Besprechungen mit Länderregierungen, Verbänden und Einzelpersonen trat der umfangreiche Schriftverkehr mit den einzelnen Ministerien. Die Wechselwirkungen der Innen-, Außen-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Wehrpolitik erkennbar zu machen, stellten sich die Herausgeber Karl Dietrich Erdmann, Wolfgang Mommsen, Walter Vogel und der Bearbeiter Karl-Heinz Harbeck zur Aufgabe. Gemäß der Weimarer Verfassung trat die Regierung unter Vorsitz des Reichskanzlers zusammen, der als Ministerpräsident die Richtlinien der Politik festlegte, die in der Kabinettssitzung kollegial besprochen und beschlossen wurde. Schwierigkeiten gab es u. a. über Fragen, die den Geschäftsbereich mehrerer Ministerien berührten. Deshalb gewannen informelle Ministerbesprechungen mit den einzelnen Ressortschefs immer größeres Gewicht. Und so bilden die Kabinettsprotokolle mit 129 Faszikeln nur einen Bruchteils des Materials. Da sie nur eine Art Beschlußkatalog darstellen, sind sie allein nur wenig aussagekräftig. Wichtiger sind die schriftlichen Begründungen und die Schriftstücke des interministeriellen Verkehrs.

Bei gewissen Sachfragen, vor allem bei der Wehrpolitik, ist die Zahl der Akten überraschend gering. Da ja die historisch-politische Bedeutung der Dokumente das entscheidende Kriterium für die Publikation ist, stellte sich dem Bearbeiter stets aufs neue die Ermessensfrage, inwieweit Dokumente zu publizieren seien. Die Akten werden in chronologischer Weise wiedergegeben, wobei die erwähnten Kabinettsprotokolle eine Art roten Faden bilden. Um diese Sitzungsprotokolle verständlich werden zu lassen, wurden zahlreiche Sachanmerkungen aufgenommen. Die quellenadäquate graphische Gestaltung darf als ganz vorzüglich bezeichnet werden.

Nach der Demission der Regierung Wirth beauftragte Reichspräsident Ebert aus Gründen persönlicher Wertschätzung im November 1922 Dr. Wilhelm Cuno, «groß, blond, bauäugig», Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, mit der Bildung der neuen Reichsregierung. Als weitere Kandidaten waren genannt worden: der deutsche Botschafter in Paris, Wilhelm Mayer, und der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (Dokument 1, Seite 1, Fußnote 1). Dem parteilosen Cuno gelang es aber nicht, eine Mehrheit im Reichstag zu bekommen, da die SPD eine Koalition mit der DVP ablehnte. So lebte die Regierung vorderhand von der Toleranz der SPD. Bedeutende Mitarbeiter Cunos waren der Reichswehrminister Geßler (DDP) und Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns (Zentrum), ferner der Staatssekretär in der Reichskanzlei Eduard Hamm.

Problem Nummer eins in der Ära Cuno war der «Ruhrkampf». Sturmzeichen wiesen schon 1922 darauf hin, so etwa die Zwischenfälle in Stettin, Passau, Ingolstadt usw. Dort wurden nämlich Offiziere der Interalliierten Militärkontrollkommission, welche die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu überprüfen hatten, tätlich angegriffen, was die Geduld der Siegermächte arg strapazierte. Die im Januar 1923 eingeleitete Politik der Franzosen und Belgier, «produktive Pfänder» in die Hand zu bekommen, um die zahlungsunwilligen Deutschen zur Kasse zu bitten, schuf eine nationale Notgemeinschaft, von der die Regierung Cuno sehr profitierte. Der von der Reichsregierung proklamierte «passive Widerstand» im Ruhrgebiet führte jedoch u. a. zur Inflation, da man zur Unterstützung der sich meist aus ausgewiesenen Beamten rekrutierenden Flüchtlinge die Notenpresse in Bewegung setzte. Und die «Besatzer» wurden nicht an den Verhandlungstisch gezwungen. Nur ein knappes Sechstel der Staatsausgaben konnte dank Zoll- und Steuereinnahmen gedeckt werden, meist aus der Lohnsteuer, während Handel, Industrie und Landwirtschaft mit lächerlich geringen Leistungen hinter der galoppierenden Inflation zurückblieben, obschon die Reichsregierung – völlig unzureichende – Gegenmaßnahmen traf (D. 29, S. 94/95, 22. 12. 1922). Auch die Reichsbank begegnete diesen Fragen mit Hilfslosigkeit, während die Öffentlichkeit Jagd auf Spekulanten verlangte (D 149, S. 459/61, 3. 5. 1923). Da man den Ursachen der Inflation nicht entgegentrat, versuchte man wenigstens einige widerliche Symptome kosmetisch zu beseitigen. So bekämpfte man – mit gewaltigem Aufwand

an Zeit und Papier – Wucher, Alkoholmißbrauch und Schlemmerei. Und dem Reichskanzler war es ein besonderes Anliegen, daß z. B. der Berliner Presseball abgesagt wurde (D. 41, S. 133, 12. 1. 1923). Aber zu einer wirksamen Wucherbekämpfung vermochte man sich doch nicht zu entschließen, da ja die Hauptursache, die Inflation, nicht behoben werden konnte. Das Preis- und Lohnniveau war nicht zu stabilisieren (D. 84, 85, 92, 94). Die Kommunisten versuchten Demonstrationen und Hungerunruhen für ihre Zwecke auszubeuten (D. 170, 179). Um den Ruhrkampf abzubrechen und die Franzosen und Belgier zum Einlenken zu bewegen, arbeitete die Regierung Cuno ein neues Reparationenangebot aus. Der Reichsverband der deutschen Industrie versuchte seine Mitwirkung vom Abbau sozialer Leistungen abhängig zu machen, stieß aber auch den Widerstand nicht nur der Gewerkschaften, sondern auch der Reichsregierung und der Mittelparteien (D. 168, 169, 177). Das wirtschaftliche Chaos breitete sich immer mehr aus, bis am 13. August 1923 Stresemann mit einem Kabinett der großen Koalition den glücklosen Cuno ablöste.

Neben dem Ruhrkampf und seinen Folgen war das Verhältnis zwischen Reich und Ländern ein weiteres Problem der Regierung Cuno, die oft als konservativ eingeschätzt wurde. Deshalb war der Reichskanzler während des «nationalen» Ruhrkampfs in Bayern äußerst populär, indessen nicht in den bürgerlich-sozialdemokratisch regierten Ländern (D. 103, S. 322ff., 23. 3. 1923). Mit Preußen gab es wegen der Reichswehr und der bald aufgelösten deutsch-völkischen Freiheitspartei arge Differenzen (D. 117, S. 368ff., 6. 4. 1923, D. 143, S. 439, Anm. 3, 28. 4. 1923). Der preußische Ministerpräsident Otto Braun und sein Innenminister Carl Severing versuchten, die republikfeindliche Tätigkeit der Reichswehr von der Reichsregierung einschränken zu lassen, fanden aber wenig Entgegenkommen. Reichswehrminister Geßler verteidigte vehement seine Offiziere mit ihren «hohen nationalen Zielen» (D. 117, S. 369, 6. 4. 1923). Zwar wollte auch die Reichsregierung einen militärischen Konflikt mit Frankreich vermeiden, aber Cuno schätze es doch, «daß bei Bandeneinfällen im Osten noch ein gewisser «Knüppel im Sack» vorhanden» blieb (D. 117, S. 369, Anm. 2, 6. 4. 1923). Erst recht in Bayern machte die Reichswehr was sie wollte. Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten, die dieser allerdings später herunterspielte, entnimmt man, daß ein Teil der Reichswehroffiziere mit den Nationalsozialisten sympathisierte und ihnen Waffen lieferte, nicht aber der Polizei für deren Einsätze verlangte Ausrüstung auslieh (D. 159, S. 473/4, 15. 5. 1923). Doch ist der relativ spärlichen Quellen wegen ein abschließendes Urteil über die Einstellung der Reichswehr zur Republik schwierig. Geßler verwahrte sich gegen Vorwürfe, «die Reichswehr arbeite in enger Verbindung mit rechtsradikalen Organisationen» (D. 226, S. 671, 21. 7. 1923).

Der erste vorliegende Band der Akten der Reichskanzlei vermittelt uns viele wertvolle Hinweise auf die nicht leicht zu meisternden Probleme einer von einem parteilosen Reichskanzler geführten Minderheitsregierung in der

Weimarer Republik. Man darf wohl sagen, daß der gediegene und erfolgreiche Vertreter hanseatischer Kaufmannstraditionen auf dem ihm ungewohnten politischen Parkett in den Ruhrkampf schlitterte, tragisch scheiterte und sich nach neun Monaten resigniert in seine alte Wirtschaftsposition zurückzog. Vielleicht mußte das deutsche Volk am eigenen Leib die Wirkungen von passivem Widerstand und Inflation erleben, um beide abzulehnen, so daß Stresemann in seinen hundert Tagen zur Liquidierung dieser Probleme schreiten konnte.

Zürich *Boris Schneider*

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie B: *1925–1933,* Bd. I, 2: *August bis Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, Großbritannien, Belgien sowie deutsche Entwaffnung, Reparationen, Völkerbund und internationale Abrüstung.* Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1968. XLVI/712 S. – Bd. II, 1: *Dezember 1925 bis Juni 1926.* Bd. II, 2: *Juni bis Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zur Sowjet-Union, zu Polen, Danzig und den baltischen Staaten.* Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1967. XLVIII, 543 + XLII, 555 S. – Bd. III: *Dezember 1925 bis Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zu Süd- und Südosteuropa, Skandinavien, den Niederlanden und zu den außereuropäischen Staaten.* Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1968. XLVIII/560 S. (Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts. 16 Herausgeber.)

Seit 1950 veröffentlichen die demokratischen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges Akten des deutschen Außenministeriums: eine Reihe D der Akten des Auswärtigen Amtes für die Jahre von 1937 bis 1941 in elf Bänden, eine Reihe C für den Zeitraum 1933 bis 1937 (nur in englischer Sprache), eine Serie A, bis jetzt nur geplant, für die Jahre 1918 bis 1925, außerdem eine Reihe B, in der die deutsche Außenpolitik vom Dezember 1925 bis zur Machtergreifung Hitlers dokumentiert werden soll. Der erste Band dieser Reihe ist 1967 erschienen (siehe SZG 20. 1970. 1/2, S. 213–216). Seither sind weitere Bände veröffentlicht worden, und zwar Band I, 2. Abteilung, Band II, 1. und 2. Abteilung, Band III. Die in chronologischer Abfolge meist vollständig publizierten Akten werden in einem Verzeichnis der Dokumente nach Sachgruppen wie «Abrüstung», «Belgien/Eupen-Malmedy», «Internationales Eisenkartell» usw. zusammengenommen und im Regest vorgestellt. Im Anhang finden sich z. B. bei Band I, 2 ein Terminkalender Stresemanns für die Völkerbundsversammlung im September 1926 in Genf, ein Geschäftsverteilungsplan des Auswärtigen Amtes, die Zusammensetzung der Reichsregierung, ferner wie in allen Bänden ausführliche, sorgfältig gestaltete und informative Personenverzeichnisse, die allerdings leider auf die Nummern der oft umfangreichen Dokumente hinweisen statt auf die Seitenzahl.